

DANIEL HEDINGER, Die Achse. Berlin – Rom – Tokio 1919-1946

C.H. Beck | München 2021 | 543 Seiten, Hardcover | 29,95 € | ISBN 978-3-406-74153-1

Daniel Hedinger nimmt sich in seiner Münchener Habilitationsschrift viel vor: „Dieses Buch erzählt die Geschichte der Achse Berlin-Rom-Tokio“ (S. 7). Nicht eine Geschichte oder ein Interpretationsangebot, nein *die* Geschichte. Mehr noch, handele es sich doch zugleich auch um „eine Globalgeschichte des Faschismus“ (S. 8). Darüber hinaus trage das Buch auch noch „zu einer Globalgeschichte des Zweiten Weltkrieges bei“ (ebd.). Das ist ein hoher Anspruch, der auf 400 locker gesetzten Textseiten eingelöst werden soll. Auf dem Buchumschlag wird gar behauptet, Hedinger schreibe „anhand umfangreicher Archivrecherchen“ die Geschichte des Achsenbündnisses „neu“. Das ist eindeutig falsch: Rund 100 der 1800 Anmerkungen des Bandes beziehen sich auf Archivalien von zumeist nachgeordneter oder peripherer Bedeutung. Dieses Buch zieht sein Material nahezu vollständig aus der Forschungsliteratur. Es handelt sich nicht um eine wissenschaftliche Untersuchung im eigentlichen Sinne. Kein Dokument findet eine eingehende Analyse, keine Gesprächsaufzeichnung wird intensiv ausgewertet, keine programmatische Erklärung näher betrachtet, überhaupt wird nicht ein wissenschaftliches Problem gründlich erörtert. Hedinger legt einen Großessay vor, der eine von vornherein feststehende Interpretation durch gedankliche Operationen, Imaginationen und schlichte Behauptungen zu untermauern sucht. In Hedingers Worten: „Das Buch bietet Synthese und Interpretation zugleich“ (S. 8). Quellenlage oder Forschungsstand werden nicht dargelegt. Zu letzterem heißt es einfach, „die Arbeiten, die sich des Themas annahmen, haben das Bündnis kleingeschrieben“ (S. 12). „In der umfangreichen Literatur zum Zweiten Weltkrieg fristet die Achse Berlin-Rom-Tokio ein Schattendasein“ (S. 11). Dabei kennt Hedinger nicht einmal die einschlägigen Beiträge in dem Reihenwerk *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* oder die für seine Thematik immens relevanten Arbeiten von Andreas Hillgruber etwa zur Struktur der „Hitler-Koalition“.¹

Daniel Hedinger möchte die Achse großschreiben. Sein Gedankengang verläuft etwa folgendermaßen: „Faschistische Gravitation“ – ein der Naturwissenschaft entlehnter Terminus bietet Hedinger nicht zufällig einen Schlüsselbegriff seiner Darlegungen – habe „den Nährboden für die Annäherung der drei Mächte“ gebildet, die „auf faschistischer Ideologie“ basierte (S. 75 f.). Ein spezifisches „Expansions-, Radikalisierungs- und Beschleunigungspotential des Faschismus“ habe eine „faschistische Radikalisierung erst im transnationalen Wechselspiel der Achsenmächte“ entstehen lassen und dabei zu „einer kumulativen Radikalisierung der Achse“ geführt, die diesem Bündnis „Sprengkraft und Dynamik“ verliehen habe (S. 13). „Erfolgreiche Expansion“ habe in der Praxis „wechselseitig anziehend“ gewirkt und einen „imperialen Nexus“ entstehen lassen, „der die drei Mächte aneinanderband und den Weg in den Weltkrieg ebnete“, wobei „koloniale Kontexte und transimperiale Ursachen des Weltkrieges“ besondere Aufmerksamkeit verdienten (S. 9). Darin offenbart sich eine für Hedingers Darstellung kennzeichnende Neigung zu quellenfernen und abstrakten Begrifflichkeiten, die, häufig nicht hinreichend definiert, als tragende Elemente dienen: Bei Hedinger „entsteht“ etwas aus Deduktionen, ohne dass in den Quellen nach Belegen gesucht werden müsste oder nach tatsächlichen Handlungen, Zielen und Beweggründen menschlicher Protagonisten oder gesellschaftlicher Gruppen. So bedarf es keiner Diskussion der Ursachen und

¹ Vgl. exemplarisch: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Bd. 6: *Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941-1943*, Stuttgart 1990 (bes. S. 95-170: „Die Koalition der Dreimächtepakt-Staaten“); Andreas Hillgruber, *Die „Hitler-Koalition“*. Eine Skizze zur Geschichte und Struktur des „Weltpolitischen Dreiecks“ Berlin-Rom-Tokio 1933 bis 1945, in: ders., *Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945*, Frankfurt a.M./Berlin 1988, S. 169-185.

Gründe für die nationalsozialistische Machtergreifung im Deutschen Reich: Es war einfach „die globale Welle des Faschismus, die im Frühjahr 1933 nun unübersehbar auch Deutschland mitgerissen hatte“ (S. 108). „Der Verfall der Weimarer Republik, der Aufstieg der NSDAP und die «Machtergreifung» waren ein integraler Bestandteil des ersten globalen Moments des Faschismus“ (S. 120). Ein Geschichtswissenschaftler, der sich so einfacher Lösungen für schwierigste sachliche und methodische Probleme gewiss ist, mag zu beneiden sein.

Hedingers Bemühungen, „globale Momente“ des Faschismus und „imperiale Nexus“ als Wegbereiter des Zweiten Weltkriegs aufzuzeigen, bleiben weithin ergebnislos. So habe die Pariser Friedenskonferenz von 1919 Prozesse freigesetzt – anonyme „Prozesse“ führen in Hedingers Darstellung durchweg ein handlungsleitendes Eigenleben –, „die auf lange Sicht die Grundlage für eine Annäherung der drei Länder bildeten“ (S. 41). Tatsächlich aber findet Hedinger keine Hinweise auf eine Annäherung von Vertretern Deutschlands, Italiens und Japans im Jahr 1919. Ein „erster globaler Moment des Faschismus“, den Hedinger im Herbst/Winter 1932/33 verortet, war „spätestens 1934 [...] wieder vorbei“ (S. 114). Und noch „Ende 1935 war eine Allianz zwischen Japan, Italien und Deutschland der Traum einiger weniger“ (S. 126). Die seit dem Winter 1935/36 sich allmählich abzeichnende Annäherung und partielle Zusammenarbeit dieser drei Mächte spielte sich hingegen in einem Kontext konventioneller machtpolitischer Zielsetzungen und Entscheidungen ab.

Weil aber von einer Kooperation der drei Mächte in der Sache schon ab Ende 1937 erneut kaum mehr die Rede sein kann, flüchtet sich Hedinger für die Folgezeit in Erzählungen von „Faschisten auf Reisen“, in die Ästhetisierung von Politik und in pseudopolitische öffentliche Spektakel. Das Ergebnis ist ernüchternd: Das gegenseitige Entsenden und Empfangen von Missionen und Besucherdelegationen diene „repräsentativen Zwecken“, verfolgte „aber kaum konkrete diplomatische Ziele“ (S. 230). Wenn Hedinger mit Blick auf die inszenierten Spektakel anlässlich gegenseitiger Staatsbesuche betont, „erst durch die Prozesse wechselseitigen Austausches wurde dem Bündnis gleichsam Leben eingehaucht“ (S. 224) – an sich war es also offenbar tot –, die „medienwirksamen Besuche und Handlungen verliehen dem Bündnis gleichsam erst Substanz“ (S. 14) – an sich war es folglich substanzlos –, dann bestätigt er nur die Ergebnisse jahrzehntelanger Forschungen: Das Achsenbündnis zog zu keiner Zeit eine echte politische oder strategische Zusammenarbeit nach sich.

Hedinger kann diesen Mangel an Substanz nicht wegdiskutieren: „Letztendlich ist die Geschichte der Achse im Krieg natürlich [!] vor allem eine des Scheiterns“ (S. 272). Um es dabei aber nicht bewenden zu lassen, kreiert Hedinger einen Popanz, den er gleich auf der ersten Seite seines Werks vorstellt: „Nichts schien den Aufstieg der drei Mächte aufzuhalten.“ Mitte des Jahres 1942 „herrschten die Drei über gewaltige Imperien. [...] Für kurze Zeit schien es, als stünde der Realisierung einer neuen Weltordnung durch das Bündnis zwischen Deutschland, Japan und Italien nichts mehr im Wege“ (S. 7). Wem *schien* es denn so? Zu Hedingers Popanz passt eine skurrile Karte „Weltordnungsentwürfe der Achsenmächte“ – auf der Amerika nicht vorkommt –, die die „größte Machtausdehnung der Achsenmächte und ihrer Verbündeten [...] zu unterschiedlichen Zeitpunkten [...] (ca. 1942)“ darzustellen versucht, um die Bedrohung möglichst groß erscheinen zu lassen. Die beabsichtigte Suggestion funktioniert von vornherein nur, indem verschämt angemerkt wird, das im Kartenbild gewaltige ostafrikanische Kolonialgebiet Italiens sei „bis Ende 1941 an die Briten verloren gegangen“. In Nordafrika zeigt die Karte als scheinbar zeitgleich den Frontverlauf vor El Alamein von Oktober 1942 und den in Tunesien vom Winter 1942/43, als Libyen für die Achsenmächte längst verlorengegangen war (S. 543). Das sind Taschenspielertricks. In ähnlicher Weise arbeitet Hedinger mit gigantischen Bevölkerungszahlen und Wirtschaftspotentialen in den vom Deutschen Reich und Japan okkupierten Gebieten, um eine von diesen ephemeren „Imperien“ ausgehende Bedrohung zu suggerieren. Der Versuch, die Leserschaft zu beeindrucken, fällt sofort in sich zusammen, da die Achsenmächte zu keiner Zeit Integrationsangebote für die Mehrzahl der von ihnen unterworfenen Menschen vorzuweisen hatten und nicht zuletzt deshalb auch die scheinbar hinzugewonnene Wirtschaftskraft nicht hinreichend auszunutzen verstanden (S. 354-356). Unabhängig davon war „Mitte 1942“ Italien längst zu einem militärisch und machtpolitisch bedeutungslosen bloßen Anhängsel des Deutschen Reiches herabgesunken, war Hitlers

Kriegsplan im Winter 1941/42 desaströs gescheitert, war die militärische Kraftentfaltung des japanischen Kaiserreichs an ihre Grenzen gestoßen. Alle drei Mächte hatten die strategische Initiative verloren und ihre Führungen besaßen keine Vorstellung davon, wie ihr jeweiliger Krieg vor allem gegen die Vereinigten Staaten zu gewinnen sein mochte.

Tatsächlich gelingt es Hedinger nicht, eine koordinierte Bedrohung der globalen Ordnung durch das Kaiserreich Japan, das Königreich Italien und das Großdeutsche Reich nachzuweisen. Ebenso wenig überzeugt seine Vorstellung eines globalen Faschismus. Das beginnt und endet damit, dass Hedinger jeglicher Definition von „Faschismus“ konsequent ausweicht, ja sie dezidiert ablehnt (S. 415). Es bleibt völlig im Dunkeln, was für Hedinger den „Faschismus“ kennzeichnet – ein für eine „Globalgeschichte des Faschismus“ denkwürdiger Tatbestand. Während schon eine Charakterisierung der nationalsozialistischen Herrschaft als „faschistisch“ deren Beschaffenheit eher verschleiert als zu analysieren hilft, erscheint sie insbesondere im Hinblick auf Japan kaum konsensfähig. Kurzum postuliert Hedinger „in Japan eine ganz eigene Form faschistischen Globalismus, der sich als Pendant zu Neuordnungsentwürfen europäischer Faschisten verstehen lässt“; es handele sich um „eine Art *Nipponismus*“ als „einer von oben verordneten partikularen Form des Faschismus“ (S. 105 u. 195). Wenn Hedinger schließlich „die japanische Variation eines ethnozentrischen Herkunftsmythos, der polygenetisch aufbereitet nun zelebriert wurde“, heraufbeschwört, dann bleibt nur zu hoffen, dass der Verfasser selbst weiß, was er mitteilen möchte (S. 311).

Der Begriff „faschistische Kriegsführung“, der Hedingers Buch durchzieht, wird nicht definiert: Sie sei durch „die Entmenschlichung des Gegners“ und durch „gesteigerte Gewalt“ gekennzeichnet gewesen, wobei nirgends erklärt wird, wie sich „gesteigerte Gewalt“ von Gewalt unterscheidet (vgl. etwa S. 158-161). Unter diesem Gesichtspunkt wirkt es erstaunlich, wenn Hedinger behauptet, die Zeitgenossen hätten insbesondere den deutschen „Blitzkrieg“ gegen Frankreich 1940 „als Meisterstück faschistischer Kriegsführung“ interpretiert (S. 278). Hedingers bar jeder militärgeschichtlichen Expertise verfertigtes Konstrukt der „faschistischen Kriegsführung“ trägt nicht und wirkt verfehlt, insofern es die Kriterien rascher militärischer Operationen mit verbundenen Waffen, des Bombenkriegs gegen Zivilbevölkerungen oder des bewussten Einsatzes von sexualisierter Gewalt betont, die völlig unspezifisch werden, wenn man den Blick auf die gleichzeitige Kriegsführung der Sowjetunion oder der Westmächte richtet.

Hedingers Überlegungen zu gegenseitigen Anregungen oder gar Überbietungswettbewerben der drei Mächte bleiben durchweg ohne Belege in den Quellen. Die Vorstellung, die japanische Eroberung und imperiale Neuordnung Mandschukuos sowie generell die Expansion Japans hätten für die nationalsozialistische Eroberungs- und Siedlungspolitik Vorbildcharakter gehabt (S. 152-155, 415 u. 421), entbehrt nicht nur einschlägiger Nachweise im Hinblick auf die Verantwortlichen im Deutschen Reich, sie präsentiert sich darüber hinaus ohne Kenntnis der Forschungen zum Vorbildcharakter des ephemeren deutschen Ostimperiums im Jahre 1918. Hitler und seine Mitarbeiter benötigten wahrhaftig keine Anregungen aus Fernost für ihre eigenen und ganz spezifischen Großraumvisionen und verbrecherischen Handlungen. Ebenso wenig diente ihnen die italienische Kriegsführung in Afrika als Vorbild.

Anstatt in kritischer Weise Quellen zu analysieren, erliegt Daniel Hedinger mehrfach der Suggestionskraft zeitgenössischer Äußerungen, etwa bei der Verwendung von Zitaten aus den Goebbels-Tagebüchern, die oft nichts als Autosuggestion widerspiegeln. Mehrere der in dem Buch wiedergegebenen fotografischen Abbildungen bieten ausschließlich hohle Propaganda, die Hedinger nicht dekonstruiert. In der Konsequenz versteigt sich Hedinger zu analytisch zweifelhaften Urteilen, wenn er die „spirituelle Seite“ des faschistischen Projekts betont (S. 79), wenn „einmal mehr [...] beide Regime schicksalhaft verbunden“ waren (S. 137) oder er in Freundschaftsmissionen „die emotionale Bindung zwischen den beiden Regimen“ wirksam sieht (S. 229). Und wenn Hedinger meint, für die deutsche Führung „markierte der Dezember 1941 [...] keineswegs eine Wende, vielmehr ließ sie den Krieg und die Gewalt im Glauben an den Endsieg weiter eskalieren“, außerdem „glaubten die Achsenmächte“ 1942 „selbst durchaus noch an den Endsieg“ (S. 346 f.), dann urteilt er wiederum ohne Kenntnis der einschlägigen Quellen und Literatur, während sich zwingend die methodische Frage stellt, woher Hedinger weiß, was die deutsche Führung oder gar „die Achsenmächte“ *glaubten*. Hedinger selbst glaubt zu oft den vermeintlichen Erinnerungen zweifelhafter

Zeitzeugen wie Edda Ciano, Erich Kordt oder Max Domarus. In der Sache gelangt er mitunter zu seltsamen Erkenntnissen: Bei der Gründung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda „stand im Frühjahr 1933 klar das italienische Vorbild Pate“ (S. 111), in Deutschland lag ab 1933 „der Fokus auf inneren Reformen“ (S. 115), die SPD habe nach 1919 „die Rückgabe von Kolonien“ gefordert (S. 166), die 1940 in Frankreich einmarschierenden Soldaten der Wehrmacht gehörten zu „den neuen Männern faschistischer Prägung“ (S. 277). Und Adolf Hitler saß „in der Nacht auf den 8. Dezember“ 1941 „besorgt in seinem ukrainischen Hauptquartier in einem Lehnstuhl“ (S. 320): Nein, dort saß er bestimmt nicht.

RAINER BEHRING, Köln

Zitierempfehlung

Rainer Behring, Rezension zu: Daniel Hedinger, Die Achse. Berlin – Rom – Tokio 1919-1946, C.H. Beck, München 2021, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81968>> [10.1.2024].

THOMAS FLÄSCHNER, Bergmannspfade. Die Arbeitswege der Bergleute im Saarrevier

Röhrig Universitätsverlag | St. Ingbert 2022 | 144 Seiten, geb. | 24,00 € | ISBN 978-3-96227-016-2

Die Entwicklung der Mobilität von Bergarbeitern im mitteleuropäischen Raum während des 19. und 20. Jahrhunderts war in den verschiedenen Montanregionen unterschiedlich. Abhängig von Faktoren wie geografischer Lage, Arbeitsbedingungen und wirtschaftlichen, politischen sowie sozialen Strukturen gestalteten sich Zusammensetzung und Nutzung der infrastrukturellen Mittel. Thomas Fläschner, Leiter der Bereichsbibliothek Empirische Humanwissenschaften der Universität des Saarlandes, schafft mit seiner Studie „Bergmannspfade. Die Arbeitswege der Bergleute im Saarrevier“ einen breiten Überblick über die Arbeitswege der Bergleute in der Saarregion von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in das 20. Jahrhundert. Dabei führt er die einzelnen Verkehrsmittel auf, setzt sie in einen historischen Kontext und arbeitet deren Bedeutung und kulturelle Aneignung heraus.

Der Aufbau gliedert sich nach den einzelnen Verkehrsmitteln: dem Fußweg über die sogenannten Bergmannspfade, der Anfahrt mit der Eisenbahn und später der Straßenbahn, der Nutzung des Fahrrads, den eingerichteten Buslinien und der privaten Motorisierung mit Automobilen oder motorisierten Zweirädern. Allerdings findet eine Schwerpunktsetzung auf die Bergmannspfade und den Eisenbahnverkehr statt. Die Abfolge spiegelt chronologisch die Entwicklung der Mobilität der Bergarbeiter im Saarrevier wider, wobei betont werden muss, dass die parallele Nutzung der einzelnen Verkehrsmittel trotz der fortschreitenden Mobilisierung erhalten blieb (S. 84). Der Autor arbeitet mit vielen quellenbasierten Beispielen eine differenzierte Perspektive auf die zeitlich und örtlich gebundene Mobilität der Bergleute heraus. Neben der Betrachtung der Bergarbeiter selbst, die als offensichtliche Akteure Einfluss auf ihre Arbeitswege nahmen, werden die Verflechtungen mit und zwischen anderen Akteuren – Privatpersonen außerhalb der Bergarbeiterschaft, Gemeinden, Berg- und Forstverwaltungen – und daraus sich ergebende Konflikte aufgezeigt. Anhand konkreter Konflikte verdeutlicht Fläschner das komplexe Netzwerk zwischen den Handlungen der Akteure, das nicht zuletzt vor dem politisch wechselhaften Hintergrund der Saarregion (S. 75–81) zu sehen ist. Zahlreich erschlossene Quellen zeugen von einer ausgeprägten Archivarbeit, unter anderem im Landesarchiv Saarland, im Landeshauptarchiv Koblenz, in den Archives départementales de la Moselle sowie in diversen saarländischen Stadtarchiven. Zudem profitiert die regionalgeschichtliche Studie von einer medienbasierten Analyse zeitgenössischer Zeitungen und Zeitschriften, insbesondere von werksinternen Mitarbeiterzeitschriften sowie gewerkschaftlich orientierten regionalen Wochen- und Tageszeitungen.

Inhaltlich beginnt Fläschner mit der Betrachtung der Bergmannspfade als grundlegender Infrastruktur für den Arbeitsweg der Bergarbeiter. Unter der Führung des Preußischen Bergfiskus erlebte der Steinkohlenbergbau in der Saarregion zur Mitte des 19. Jahrhunderts einen explosionsartigen Aufschwung. Die voranschreitende Industrialisierung und die damit steigenden Belegschaftszahlen verursachten einen erhöhten Bedarf an infrastrukturellen Maßnahmen (S. 13). Die Expansion der Arbeitereinzugsgebiete hatte nicht nur eine Erweiterung des bereits bestehenden Netzes an Pfaden (S. 23–25), sondern auch siedlungspolitische Maßnahmen für die Bergarbeiterschaft zur Folge. Der Autor schafft es an dieser Stelle, die standortabhängige Mobilität zwischen Arbeitsplatz und Heimatort mit den daraus resultierenden Entwicklungen in Beziehung zu setzen. Zum Beispiel entwickelte sich aufgrund des Mangels an Wohnraum und der weiten Arbeitswege eine umfassende Wohnungs- und Siedlungspolitik des Preußischen Bergfiskus, welche die Schaffung des Einliegerwesens ebenso umfasste wie den Bau von Schlafhäusern und der Einführung des Systems der Prämienhäuser (S. 13–23). Ein anderes Beispiel ist die vielfältige soziokulturelle Aneignung der Wege, die sich exemplarisch im Sprachgebrauch – „Ranzenmänner und Hartfüßer“

(S. 87) – oder im Nutzen der Wege als Kommunikationskanäle für Streikgespräche (S. 49) im Arbeiterkampf abbildete. Einen weiteren Schwerpunkt setzt Fläschner mit der Betrachtung der historischen Entwicklung des Eisenbahnverkehrs. Auch hier erwuchs aus den stark steigenden Belegschaftszahlen die Notwendigkeit, das Bahnliniennetz zu verdichten (S. 97), um einerseits überfüllten Zügen (S. 101) entgegenzuwirken und andererseits neue Arbeitereinzugsgebiete zu erschließen (S. 97). Interessant zu sehen ist, dass Arbeiterzüge auch als Räume der Politisierung genutzt wurden (S. 112). Das verdeutlicht noch einmal, wie wichtig der Faktor der Mobilität ist, wenn es darum geht, die Arbeits- und Lebenswelt der Bergleute historisch zu untersuchen.

Charakteristisch für das 20. Jahrhundert war vor allem die Entwicklung von der gemeinschaftlichen Nutzung öffentlicher Wege und Eisenbahnlinien hin zum Individualverkehr mit Kraftfahrzeugen, wobei Fläschner aber die Intermodalität der Verkehrsmittel hervorhebt (S. 131). Daraus folgt, dass der Arbeitsweg der Bergarbeiter im Saarrevier zeitlich sowie räumlich als ein Konglomerat von Verkehrsmitteln bezeichnet werden kann und dass trotz weitgreifender Technisierung die ursprüngliche Art, das Zu-Fuß-Gehen über die Bergmannspfade (S. 131), nicht vollständig ersetzt werden konnte. Zusammenfassend wird damit in Fläschners Untersuchung nochmals die besondere Stellung der Bergmannspfade deutlich, denn sie fungierten als Verbindung zwischen Arbeits- und Lebenswelt der Bergarbeiter sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert.

Durch die Betrachtung von Verkehrsmitteln im Zusammenspiel mit wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und Prozessen sowie den Handlungen der verschiedenen Akteure gelingt dem Autor eine komplexe Darstellung der Mobilität von Bergarbeitern. Die Überlegungen zu Verkehrs- und Siedlungsstrukturen unter Einbeziehung der geografischen Lage der Grubenstandorte ermöglichen Rückschlüsse auf die vergangene sowie die gegenwärtige Raumgestalt der Saarregion. Für weiterführende Studien könnte von Interesse sein, die Erkenntnisse aus der Saarregion überregional oder sogar transnational zu vergleichen, um die entsprechenden Alleinstellungsmerkmale der verschiedenen Montanregionen herauszuarbeiten. Interessant wäre darüber hinaus eine größer angelegte Verflechtungsgeschichte der Mobilität von Industriearbeiter:innen allgemein. Die vielfältigen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen den Industrieregionen könnten so kontextualisiert werden, um Prozesse beispielsweise der Migration besser verstehen zu können.

JOANA BAUMGÄRTEL, Saarbrücken

Zitierempfehlung

Joana Baumgärtel, Rezension zu: Thomas Fläschner, Bergmannspfade. Die Arbeitswege der Bergleute im Saarrevier, Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81969>> [11.1.2024].

EVA GSCHWIND, Auf zur Urne! Direkte Demokratie in Basel von den Anfängen bis heute
(Beiträge zur Basler Geschichte)

Christoph Merian Verlag | Basel 2022 | 320 Seiten, Klappenbroschur | 32,00 € | ISBN 978-3-85616-982-4

Im Jahr 1875 führte der Kanton Basel-Stadt die Volksinitiative wie auch das fakultative Referendum ein. Konkret bedeutete dies, dass von nun an jeweils 1000 Stimmbürger (Zahlen von 1875) mit ihren Unterschriften eine Gesetzesinitiative, die Totalrevision der Verfassung oder ein konkretes Projekt zur Volksabstimmung bringen konnten bzw. eine Volksabstimmung über einen Beschluss des Großen Rates, ganz gleich, ob es sich bei diesem um ein Gesetzesvorhaben, um einen Finanzbeschluss oder aber ein Bauprojekt handelte, erzwingen konnten. Anders als beispielsweise in Zürich, Bern oder Genf, ist es in Basel-Stadt über die Frage der Einführung der direkten Demokratie nicht zu schweren, teils sogar gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Vielmehr wurde eine Entwicklung nachvollzogen, die auf Ebene des Gesamtstaates bereits 1874 im Zuge der Totalrevision der Bundesverfassung stattgefunden hatte. So hat sich die Forschung bislang noch recht wenig mit der direkten Demokratie in der Stadt am Rheinknie auseinandergesetzt. Diese Lücke möchte Eva Gschwind nunmehr schließen. Ihren Blick auf die direkte Demokratie in Basel-Stadt bindet sie dabei ein in eine Darstellung der politischen Geschichte des Stadtkantons. Ihr geht es nicht zuletzt auch darum, eine Geschichte der Anliegen, die seitens der Bevölkerung artikuliert wurden, vorzulegen. Unter anderem fragt sie, inwieweit und in welcher Form die politische Elite auf das Volk als Machtfaktor eingegangen ist. Wer lancierte zu welchem Zeitpunkt Volksinitiativen und wer war berechtigt, an Volksabstimmungen teilzunehmen? Wirkten Volksinitiativen und Referenden eher in progressiver Richtung oder wurden diese vielmehr zum Bremsklotz für die weitere Entwicklung.

In zwei relativ umfangreichen Kapiteln schildert die Autorin zunächst den Weg zur direkten Demokratie und gibt in diesem Zusammenhang Einblick in die politische Verfassung Basels vor 1875. Die Stadt wurde dominiert von einer Schicht von Kaufleuten, Gelehrten und Fabrikbesitzern, die in sozialpolitischer Hinsicht durchaus fortschrittlich war. So gab es eine progressive Einkommensteuer, die kleine Einkommen schonte. Aus einem „pietistisch-humanistischen Pflichtgefühl“ (S. 49) heraus förderte die städtische Elite im Zusammenspiel mit der „Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige“ auch gleichermaßen Suppenanstalten, preisgünstige Arbeiterwohnungen und die Schaffung von Badeanstalten. Auch bestand seit 1869 ein für die damalige Zeit fortschrittliches Fabrikgesetz. Soziale Zugeständnisse dienten aber nicht zuletzt dazu, ein politisch hoch konservatives System zu stützen, in dem die politische Macht bei nur wenigen Familien konzentriert war. So standen an der Spitze Basels als Exekutive zwei Bürgermeister und ein 13-köpfiger Kleiner Rat, wobei bis auf die zwei Bürgermeister alle Funktionsträger ehrenamtlich tätig waren. Allein schon hierdurch war ein politisches Engagement von weniger Betuchten ausgeschlossen. 36 Sitze des Großen Rates (der Legislative, der jedoch auch die Bürgermeister und die Mitglieder des Kleinen Rates angehörten) wurden in Basel noch immer durch die Zünfte bestimmt. Das Wahlverfahren war überaus komplex, zugleich fanden die Wahlen unter der Woche statt, wodurch abhängig Beschäftigte von den Wahlen ferngehalten wurden.

Die Autorin stellt den freisinnigen Politiker Wilhelm Klein als denjenigen vor, der seit 1867 mehrfach Anträge stellte, die auf eine grundlegende Erneuerung des politischen Systems zielten, und der damit ab 1873 auch Erfolg hatte. Zunächst kam es zur Einführung der Wahlen am Sonntag und einer Wahlurne. 1875 erhielt Basel dann einen von allen Stimmbürgern direkt gewählten Großen Rat als Legislative und einen hauptamtlichen Regierungsrat mit sieben Mitgliedern (zunächst durch den Großen Rat, ab 1890 direkt vom Volk gewählt) als Exekutive. Durch die gleichzeitige Einführung von fakultativem Referendum und Volksinitiative erwartete sich Klein zudem eine

stärkere Beteiligung der Bevölkerung an der Politik, genauso wie eine Lösung etwaiger Konflikte zwischen Wählern und Behörden. Mit diesen Argumenten konnte sich Klein gegenüber seinen konservativen Gegnern durchsetzen, die eine Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls des Großen Rates fürchteten. Überhaupt sahen die Konservativen überall nur „fruchtlose Agitation“ (zitiert S. 21) und sprachen der Bevölkerung die Kompetenz ab, über komplexe Vorgänge ein Urteil zu fällen.

Bemerkenswert war freilich, dass sich das erste Referendum 1876 mit der Frage der Einführung einer Kanalisation beschäftigte und trotz unhaltbarer hygienischer Zustände die Kanalisation abgelehnt wurde. Zu groß war die Furcht vor hohen Anschlusskosten. Das gleiche Spiel wiederholte sich 1881. Erst 1896 sollte Basel die schon 20 Jahre zuvor geforderte Kanalisation erhalten. Am Beispiel der ersten Volksinitiative zeigt Gschwind jedoch auf, dass Volksinitiativen durchaus beschleunigend wirken konnten. Dank einer Volksinitiative erhielt Basel innerhalb kürzester Zeit 1882 eine dritte Rheinbrücke – die zweite Rheinbrücke war erst 1879 fertig gestellt worden.

In vier Kapiteln zeigt die Autorin auf, welche Themen bei den Volksabstimmungen und Referenden dominierten. In der Regel ging es um die weitere Demokratisierung des politischen Systems und um die Berücksichtigung von Minderheiten. Ein Meilenstein war die Einführung des Proporzwahlrechts 1905, mittels dessen die dominierende Stellung der inzwischen regierenden Freisinnigen gebrochen wurde. 1966 führte Basel-Stadt als erster deutschsprachiger Kanton das Frauenstimmrecht ein. 1988 wurde das Wahlalter von 20 Jahren auf 18 Jahre gesenkt. In der Gegenwart wird über das Stimmrecht von Ausländern, die eine bestimmte Anzahl von Jahren in der Stadt leben, wie auch über eine weitere Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre diskutiert. Weitere Themen von Abstimmungen bildete vor allem ab den 1920er Jahren der Ausbau des Sozialstaates, oftmals in Verbindung mit Steuerfragen. Da Basel ein Stadtkanton ist, wurde im Rahmen von Volksabstimmungen auch immer wieder die städtebauliche Entwicklung behandelt. Dementsprechend stellt die Autorin in einem reich bebilderten Kapitel städtebauliche Projekte vor, die von der Bevölkerung entweder angenommen oder verworfen wurden.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit Abstimmungskampagnen und geht dabei auf „Aufreger und Grenzüberschreitungen“ (S. 228) ein. Von Parteien der politischen Rechten wurden seit den 1920er Jahren immer wieder Abstimmungskampagnen mit fremdenfeindlichem, ja offen rassistischem Unterton geführt, die darauf zielten, Ängste in der Bevölkerung zu schüren – ein unerfreulicher Aspekt der direkten Demokratie. Neben „Schlussbetrachtungen“ (S. 281) und einigen knappen rechtlichen Erläuterungen zur direkten Demokratie bilanziert zudem wiederum ein Kapitel die direkte Demokratie in statistischer Hinsicht. Hier geht es unter anderem um die Frage, wie hoch die Wahlbeteiligung war. Wie viel Prozent der Einwohner Basels dürfen überhaupt wählen? Wann waren Abstimmungen ungültig oder welchen Einfluss hatten bzw. haben die beiden Landgemeinden des Kantons, Riehen und Bettingen, auf das Gesamtergebnis? In den beiden Landgemeinden wohnen zusammen heute immerhin 13,2 Prozent der Stimmberechtigten, die in der jüngeren Vergangenheit bei knappen Entscheidungen wiederholt den Ausschlag gegeben und gerade in Fragen von Wohnungsbau und Miete mehrheitlich anders als die Einwohner Basels votiert haben.

Eva Gschwind wird dem selbst gestellten Anspruch, den Leser „auf eine spannende Zeitreise durch die Basler Politik der letzten 150 Jahre“ (Buchrücken) mitzunehmen, vollauf gerecht. Der Leser bekommt einen detaillierten und doch leicht verständlichen Einblick in das Funktionieren der direkten Demokratie sowie in zentrale Entwicklungen und politische Kontroversen nicht nur der Basler Stadtgeschichte, sondern auch der Schweiz insgesamt und der Oberrhein-Region.

MICHAEL KITZING, Singen

Zitierempfehlung

Michael Kitzing, Rezension zu: Eva Gschwind, Auf zur Urne! Direkte Demokratie in Basel von den Anfängen bis heute, Christoph Merian Verlag, Basel 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81970>> [17.1.2024].

CHRISTOPHER CLARK, Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt

DVA | München 2023 | 1168 Seiten, Hardcover | 48,00 € | ISBN 978-3-421-04829-5

Am Anfang dieser Rezension sei betont, dass sowohl Revolutionen als auch der Widerstand gegen reaktionäre Herrschaftssysteme, Diktaturen und totalitäre Herrschaft weit in die Vergangenheit Europas reichen und ein Thema für den gesamten Kontinent sind. Das zeigt Christopher Clark ganz herausragend und umfassend am Beispiel der Revolution von 1848/49 als gesamteuropäischem Ereignis. Im Jahr der 175. Wiederkehr dieser Revolution ist über dieses deutsche und europäische Schlüsselereignis zwar diskutiert und publiziert worden – so über die Frankfurter Nationalversammlung als verfassungsgebendes Gremium mit der Reichsverfassung vom März 1849 und über deren Nachwirkungen auf die Weimarer Verfassung von 1919 und das Bonner Grundgesetz von 1949¹ –, doch blieb dieses Thema am Rande des gesellschaftlichen Diskurses. Auch die Bedeutung des Jahres 1848 für die deutsche Einigungsbewegung blieb, wie etwa Heinrich August Winkler meint, wenig beachtet. Nicht zuletzt lag das daran, dass die deutschen Achtundvierziger an der Doppelaufgabe der gleichzeitigen Herstellung eines Verfassungs- und eines Nationalstaates scheiterten. Doch umsonst waren diese Kämpfe nicht, wie spätestens die Friedliche Revolution 1989/90 zeigte. Winkler hat auch darin Recht, dass diese jüngste der deutschen Revolutionen die erfolgreichste war, da ihr ein nachhaltiger Regimewechsel gelang. Doch gelingt vielen Historikern und Vertretern anderer Disziplinen eine solche Sicht in aller Regel nicht bzw. sie wird von ihnen nicht angestrebt.

Das gilt auch für Clark, der sein Augenmerk auf 1848/49 beschränkt – hier aber Bahnbrechendes leistet. Wie keinem zweiten Historiker gelingt es ihm, heute kaum noch bekannte revolutionäre Ereignisse dieser Jahre sowie ihre Vor- und Nachgeschichte in großen Teilen Europas eindringlich und ausführlich zu schildern. Dabei schweift sein Blick von Spanien bis Galizien und von Ostpreußen bis Sizilien. Er beschreibt Leben und Werk bedeutender charismatischer Akteure, die heute im besten Fall noch Spezialisten bekannt sind: Demokraten, Liberale, Radikale, Patrioten und Sozialisten, ob als Schriftsteller, als Denker oder als militärische Führer. Stets geht es dabei um europäische Aufstände, die erst im Rückblick nationalisiert wurden. Besonders auffällig ist für den Autor die Gleichzeitigkeit der einzelnen Revolutionen dieses europäischen Völkerfrühlings, der ihn an den „Arabischen Frühling“ erinnert.

Clarks Grundthese ist, dass die Revolutionen der Jahre 1848/49 nicht gescheitert seien, sondern dass sie als „Teilchenbeschleuniger“ (S. 13) gewirkt hätten, die letztlich neue politische und gesellschaftliche Formen mit tiefgreifenden Konsequenzen für die neuere Geschichte Europas hervorbrachten. Dem wird man grundsätzlich folgen können, es bringt aber natürlich die Frage mit sich, was das im Einzelnen bedeutet. Das Missverhältnis zwischen Kapitalismus und sozialer Ungleichheit jedenfalls konnte bis heute nicht beseitigt werden. Dagegen scheinen die Spannungen zwischen den verschiedenen Formen politischer Repräsentation gegenwärtig zugunsten des Parlamentarismus entschieden, auch wenn immer wieder nicht nur im demokratischen Diskurs, sondern vor allem von links- und rechtsradikaler Seite Formen direkter Herrschaft ins Spiel gebracht werden.

¹ Vgl. Heinrich August Winkler, Der Fortschritt als Fessel. An ihrem Anfang stehen tiefe Systemkrisen: Was die deutschen Revolutionen 1848, 1918 und 1989 miteinander verbindet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.2023; ders., Die Deutschen und die Revolution. Eine Geschichte von 1848 bis 1989, München 2023.

Aus Clarks Sicht waren die Ereignisse der Jahre 1848/49 in Europa auch dadurch gekennzeichnet, dass sich nur schwer eine Trennlinie zwischen Revolution und Konterrevolution ausmachen ließe. Stattdessen erkennt Clark eine Fülle von Rissen, die in alle Richtungen liefen. Diesen geht er akribisch und mit überwältigender Materialfülle und Detailkenntnis nach. Dabei lautet eine weitere These, dass materielle Not wie in der Mitte des 19. Jahrhunderts als solche keine Revolutionen auslöste, sondern soziale Probleme nur deren unverzichtbaren Hintergrund bildeten. Das erscheint mir ebenfalls diskussionswürdig, stellt es doch zu sehr die Rolle von Persönlichkeiten in den Mittelpunkt der Geschichte. Zwar spielt auch für Clark die Schilderung der sozialen Lage breiter Bevölkerungsschichten immer wieder eine wichtige Rolle, so bei den Weberaufständen in Lyon 1831 und in Schlesien 1844. Doch letztlich geht es ihm um Revolutionen als politische Vorgänge, um ihre Denker und Kämpfer sowie um ihre konkreten Verläufe. Und obwohl dabei klar wird, dass der Ablauf der Revolutionen nicht immer den Vorstellungen der Intellektuellen entsprach, waren aus Clarks Sicht die „Ideensysteme und Gedankenketten“ der „fähigen Köpfe in ganz Europa“ (S. 133) entscheidend für das Vorfeld und für die Revolution. Hinzu kamen als eigenständige revolutionäre Akteure Frauen, religiöse Minderheiten wie die Juden, nationale Minderheiten bzw. Sprachgruppen und nicht zuletzt Sklaven. So wurde etwa erst 1848 die Sklaverei in den französischen Kolonien abgeschafft. Alle diese Gruppen bzw. ihre Vertreter hatten jeweils eigene Vorstellungen von dem zu Erreichenden, alle gewannen durch die Revolutionen und verloren vieles davon wieder durch die folgenden Konterrevolutionen.

Dabei war „Geheimbündelei“ eine wichtige Lebensform der Revolutionäre, das Lesen von Zeitungen schoss in die Höhe, Bankette und Cafés spielten eine zentrale Rolle. Viele Revolutionäre waren aber auch bereit, für ihre Sache ihr Leben zu geben. Das schildert der Autor für viele europäische Länder in aller Eindringlichkeit und Detailtreue. Dabei wird deutlich, dass die Abläufe einerseits immer unübersichtlicher wurden, andererseits aber überall die gleichen Forderungen zu hören waren: „Verfassung, Freiheit, Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Bürgerwehr [...], Wahlrechtsreform“ (S. 474). Die Errichtung neuer Ordnungen wurde angestrebt und an manchen Orten auch verwirklicht, Parlamente wurden gewählt und Verfassungen geschrieben.

Vieles davon brach in Konterrevolutionen zusammen und gleichzeitig schwand der revolutionäre Zusammenhalt. Dafür führt Clark verschiedene Gründe an. So waren die Revolutionäre oft uneins, das Militär blieb den herkömmlichen Obrigkeiten loyal ergeben und die Revolutionen erreichten kaum ländliche Gebiete. Auch Liberale und Radikale arbeiteten nicht zusammen. Trotz dieser Misserfolge blieben jedoch gerade die erwähnten Verfassungen von bleibender Bedeutung, die Sklaverei konnte weitgehend überwunden werden, die Emanzipation von Juden und Roma machte Fortschritte und das Wahlrecht in verschiedenen Staaten unterlag Reformen. Gleichzeitig begann die Neugestaltung von Städten, neues politisches Selbstbewusstsein erwachte, das allgemeine Wahlrecht gewann weitere Anhänger, die Geburt der Sozialdemokratie kündigte sich an und die Voraussetzungen für den deutschen wie den italienischen Nationalstaat konnten geschaffen werden. Jedoch kam auf der anderen Seite die Emanzipation der Frauen kaum vom Fleck, die Kluft zwischen Russland und Westeuropa vertiefte sich und überall keimte neuer Nationalismus auf. Auch mit der weltweiten Anteilnahme an der Revolution, die aber keinen Revolutionsexport mit sich brachte, setzt sich der Autor schließlich auseinander.

Zusammenfassend bezeichnet Clark 1848/49 als die „einzige wahrhaft europäische Revolution der Geschichte“ (S. 9). Hier ist zu fragen, wie es vor allem mit der Revolution von 1898/90 aussieht, einer Revolution in Mitteleuropa, aber mit weit darüberhinausgehenden Wirkungen. Dabei muss es um ein Gesamtbild der Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts gehen. Und das führt schließlich auch zu der Frage nach eventuellen künftigen Aufständen und Revolutionen. Diese schließt Clark nicht aus, meint aber, dass besonders auch kommende Revolutionen wie 1848/49 sein könnten: „schlecht geplant, verstreut, uneinheitlich und voller Widersprüche“ (S. 1024).

RAINER ECKERT, Berlin

Rainer Eckert, Rezension zu: Christopher Clark, Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt, DVA, München 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81971>> [17.1.2024].

JAN KELLERSHOHN, Die Politik der Anpassung. Arbeitswelt und Berufsbildung im Ruhrgebiet 1950–1980 (Industrielle Welt, Bd. 101)

Böhlau Verlag | Wien/Köln 2022 | 475 Seiten, gebunden | 65,00 € | ISBN 978-3-412-52249-0

Die aus einer Dissertation an der Ruhr-Universität Bochum hervorgegangene Studie von Jan Kellershohn beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Arbeit, Qualifikation und Wissen im Rahmen des wirtschaftlichen Strukturwandels im Bergbau. Dabei konzentriert sie sich auf das Ruhrgebiet im Zeitraum von den 1950er Jahren bis zum Ende der 1970er Jahre und nimmt vergleichend außerdem noch die französische Region Nord-Pas-de-Calais in den Blick. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass im Untersuchungszeitraum Qualifikation und Ausbildung immer stärker als Schlüssel verstanden wurden, um wirtschaftlichen Strukturwandel gesellschaftlich wie individuell zu bewältigen und zu gestalten. Den empirischen Kern der Studie bildet dementsprechend eine Untersuchung der sich verändernden Verständnisse, Konzepte, Institutionen und Akteure der beruflichen Ausbildung im Ruhrgebietsbergbau, der wie kein anderes Feld zum Sinnbild für die Herausforderung des industriellen Wandels und daher zu einem Experimentier- und Interventionsraum ersten Ranges wurde. Als zentraler Begriff der vielfältigen Diskurse und Praktiken der in dem Buch geschilderten Qualifizierungs- und Umschulungspolitik im Bergbau figurierte die „Anpassung“: in einer in Bewegung gekommenen Arbeitswelt konnten Arbeitnehmer (tatsächlich geraten ausschließlich männliche Arbeiter in den Blick) nicht mehr auf ein stabiles Verhältnis von Ausbildungsinhalten und späterer Berufstätigkeit vertrauen, sondern mussten sich auf Veränderung einlassen und zur Umstellung bereit sein. Wie sie dazu gebracht werden konnten und wer hierzu überhaupt willens und in der Lage war, diese Fragen standen im Mittelpunkt wissens- und qualifizierungspolitischer Debatten und Bemühungen, deren ausführliche Untersuchung einen Großteil des Textes ausmacht. Damit möchte die Arbeit auch einen Beitrag zu einer Kulturgeschichte des Strukturwandels leisten, indem sie die vielschichtige Diskursivität dieses Begriffs betont und scheinbare Zwangsläufigkeiten wie eine Entwicklung hin zu mehr Mobilität und Flexibilität nicht als Beschreibungskategorien aufnimmt, sondern vielmehr als zeitgenössisches Disziplinarrégime auffasst, das fortdauernd gesellschaftliche Ausschlüsse produziert habe.

Zunächst wendet sich der Autor dem Régime der Berufsausbildung im Bergbau um 1950 zu, was als Vorgeschichte erst die folgende Entwicklung hin zu einer „Politik der Anpassung“ in ihrer paradigmatischen Bedeutung verständlich werden lässt. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland lag der Fokus im Rahmen eines holistisch-moralischen Ausbildungssystems auf der Eingliederung in eine Gemeinschaft. Fragen der Qualifikation waren in dieser Sicht untrennbar mit Aspekten der moralischen Lebensführung verwoben. Der Sinn einer Berufsausbildung bestand nicht zuletzt darin, jedem Individuum einen Platz innerhalb der Gesellschafts- und der Belegschaftshierarchie zuzuweisen, der seinem Begabungsniveau entsprach.

Der erste Hauptteil „Von der Eingliederung zur Anpassung“ handelt davon, wie dieses Paradigma brüchig wurde und ein Qualifizierungsimperativ Einzug erhielt, in dessen Zeichen Mobilität und Anpassungsfähigkeit im Laufe der 1960er Jahre zu Fixpunkten der Berufsausbildung wurden. „Mobilität“, zunächst noch eher räumlich verstanden, wurde zuerst in Frankreich Anfang der 1950er Jahre zu einem Schlüsselbegriff des Umgangs mit dem Strukturwandel in Bergbauregionen. Von dort wanderte er nach Deutschland und veränderte in diesem Zuge auch seine Bedeutung: unter Mobilität wurden nun zunehmend Wille und Fähigkeit des Einzelnen zur inneren Umstellung verstanden. Die binationale Vergleichsperspektive schließt sich an dieser Stelle bereits wieder, denn in Frankreich wurde als Reaktion auf den Niedergang des Bergbaus in Nord-Pas-de-Calais die Berufsausbildung in diesem Bereich zum Ende der 1960er Jahre kurzerhand beendet.

In Deutschland dagegen entfalteten sich langanhaltende Bemühungen, dem industriellen Strukturwandel mit Veränderungen in der Ausbildungs- und Qualifizierungspolitik zu begegnen. Im Glauben an eine rationelle Gestaltbarkeit der Zukunft, wie er für die 1960er Jahre charakteristisch war, wurde in der ersten Hälfte des Jahrzehnts noch versucht, mithilfe gestufter Ausbildungsformen und dem Einsatz kybernetischer Prinzipien das unter Arbeitnehmern tatsächlich vorhandene Begabungsniveau mit zukünftig benötigten Anforderungsprofilen in Deckung zu bringen. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, insbesondere im Zuge der Rezession von 1966/67, rückten dann zunehmend Umschulungsmaßnahmen für ehemalige Bergarbeiter in den Blickpunkt. Skepsis und Widerstand waren zunächst erheblich, galten doch etwa den regionalen Arbeitsämtern ältere Arbeiter als generell nicht mehr (aus)bildungsfähig. Großangelegte Umschulungsprogramme im Programmieren riefen zuerst Euphorie hervor, brachten jedoch auch die Grenzen der Umstellungsfähigkeit vieler Teilnehmer sichtbar zu Tage. Zeitweilig wurde die scheinbar mangelnde Anpassungsfähigkeit unter Rückgriff auf ältere völkische Stereotype sogar zur gleichsam historisch-ethnisch verfestigten Immobilität des „Ruhrvolks“ anthropologisiert. Die Erforschung von Mobilität mit den Mitteln der modernen Sozialwissenschaften brachte jedoch auch keine eindeutigen Ergebnisse hervor, das Wesen der Mobilität blieb damit staatlicher Intervention dauerhaft unzugänglich.

Vor diesem Hintergrund schilderte der zweite Hauptteil „Von der Anpassung zum Ausschluss“ in zwei Kapiteln, wie das in den 1960er Jahren zur Geltung kommende Ausbildungsregime zwei Sozialfiguren entstehen ließ, die die Grenze der Bildbarkeit markierten: den „älteren Arbeitnehmer“ und den „Lernbehinderten“. Im ersten Kapitel werden Bemühungen analysiert, im Ruhrgebiet ein Netz von Institutionen der Umschulung und Qualifizierung zu etablieren, die vom Autor als ein „großer Apparat zur Rettung und Bewahrung einer schwerindustriellen Männlichkeit“ (S. 258) interpretiert werden. Ihre Ausgestaltung war permanent umstritten, nicht zuletzt, weil sie immer wieder in die Nähe der Rehabilitationspädagogik gerückt wurden, womit „ältere Arbeitnehmer“ in Analogie zu „Behinderten“ gerieten. Als ambitionierte Unternehmung wurde die 1968 ins Leben gerufene *Gesellschaft zur Verbesserung der Beschäftigtenstruktur*, in der ältere Arbeiter aufgenommen und gefördert werden sollten, allerdings schon nach wenigen Jahren wieder eingestellt, ohne dass unter den beteiligten Akteuren Einigkeit darüber erzielt werden konnte, was dieses Scheitern über die Bildungsfähigkeit der anvisierten Klientel aussagte. Im letzten Kapitel geht es schließlich wieder um die grundständige Berufsausbildung und das von vielen zeitgenössischen Akteuren wahrgenommene Problem eines zunehmenden Begabungsverfalls unter den Auszubildenden des Bergbaus. Der Fokus der Untersuchung liegt insbesondere darauf, wie sich in den Bemühungen, auf diese Entwicklung mit Reformen in der Ausbildung zu reagieren, eine Unterscheidung zwischen bildungs- und umstellungsfähigen Individuen auf der einen und Bildungsunfähigen auf der anderen Seite etablierte. Dies resultierte unter anderen in der Einrichtung einer abgestuften Berufsausbildung Ende der 1970er Jahre, in der nun eine Vollausbildung zum Bergmechaniker und eine zweijährige Ausbildung zum „Berg- und Maschinenmann“ unterschieden wurden.

Kellershohns Ansatz, den wirtschaftlichen Strukturwandel nicht als vorgängige Tatsache analytisch hinzunehmen, sondern ihn zunächst „vollständig als sprachliches Phänomen“ (S. 21) zu fassen und als solches zum Untersuchungsgegenstand zu erheben, erscheint einerseits ertragreich und auch theoretisch weiterführend, er wird sozialgeschichtlich interessierte Leser*innen aber auch an der ein oder anderen Stelle enttäuschen. Darüber, welche realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen der im Buch behandelten Qualifizierungspolitik eigentlich zu Grunde lagen, schweigt die Darstellung, obgleich manche Information (etwa die Größenordnung der durch Zechenschließungen freigesetzten Arbeitskräfte und der erfolgten Umschulungsmaßnahmen) zur Einordnung der Befunde durchaus erhellend gewesen wäre. Auch die Perspektive der Bergarbeiter und Auszubildenden als Objekte und Betroffene der Qualifizierungs- und Wissenspolitik, ihre Erfahrungen in Umschulung und Ausbildung oder auch die Frage, was der postulierte „Ausschluss“ für sie konkret bedeutete, bleiben weitgehend ausgeblendet. Die Stärken des Buches liegen auf anderem Gebiet: in der theoretisch informierten und innovativen Art und Weise, mit der sich der Autor der Verwobenheit von Strukturwandel und Qualifizierungsfragen seit den 1960er Jahren widmet, und in dem breiten Quellenzugriff, der eine Fülle neu erschlossenen Materials aus regionalen Archiven verarbeitet und mit übergeordneten Fragen und Perspektiven

verknüpft. Der erhobene Anspruch auf Allgemeingültigkeit wird zwar dadurch eingeschränkt, dass weder das seit den 1960er Jahren sich entwickelnde Phänomen migrantischer Arbeitswelten noch (trotz eines geschlechtergeschichtlichen Blicks auf den männlichen Arbeiter) die Erwerbsarbeit von Frauen in den Blick kommen, doch liefert die Arbeit gleichwohl einen ebenso überzeugenden wie stimulierenden Beitrag zum Zusammenhang von Wirtschaftswandel, Arbeit, Bildung/Qualifikation und Wissen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der durch seine Themenfreude zahlreiche Anknüpfungspunkte zum Weiterdenken und -forschen bereithält.

BENNO NIETZEL, Frankfurt (Oder)

Zitierempfehlung

Benno Nietzel, Rezension zu: Jan Kellershohn, Die Politik der Anpassung. Arbeitswelt und Berufsbildung im Ruhrgebiet 1950–1980, Böhlau Verlag, Wien/Köln 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81972>> [17.1.2024].

MICHAEL F. FELDKAMP, Adenauer, die Alliierten und das Grundgesetz

Langen Müller | München 2023 | 176 Seiten, laminiert | 22,00 € | ISBN 978-3-7844-3654-8

Michael Feldkamp, in der Verwaltung des Deutschen Bundestages tätig und eifriger Publizist, darunter mehrerer Editionen und Veröffentlichungen zum Parlamentarischen Rat, hat nunmehr eine populäre Darstellung der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes vorgelegt, die sich im Wesentlichen auf die Zeit zwischen dem 1. September 1948 und dem 23. Mai 1949 konzentriert (S. 36-136). Ihr voraus gehen unter anderem kurze Erwähnungen der Empfehlungen der Londoner Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1948, der Frankfurter Dokumente vom 1. Juli 1948 und des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee. Den Abschluss bilden die Gründung der Bundesrepublik, die Übergabe des Besatzungsstatuts auf dem Petersberg am 21. September 1949 und die Auseinandersetzungen um Kurt Schumachers Zwischenruf „Der Kanzler der Alliierten“ im Deutschen Bundestag vom 24. November 1949. Feldkamps zentrales Thema ist die Frage, inwieweit die drei Westmächte von den Außenministern über die Militärgouverneure bis zum Alliierten Verbindungsbüro in Bonn Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung des Grundgesetzes nahmen.

Die Frage ist so alt wie das Grundgesetz selbst, und die Antwort, die Feldkamp auf der Basis der vorliegenden Literatur bereithält – es ging im Kern um die Ausgestaltung des Föderalismus –, ist ebenfalls hinreichend bekannt. Feldkamp konzentriert sich jedoch weniger auf die konkreten Formulierungen im Text des Grundgesetzes, als vielmehr auf die Konfliktlinien zwischen den verschiedenen politischen Akteuren, in dem Bemühen aufzuzeigen, wie sich letztlich die deutsche Seite in der Interaktion mit den alliierten Stellen weitgehend durchzusetzen vermochte. Das ist durchweg nachvollziehbar und leicht lesbar dargelegt, was die Darstellung für ein breiteres Publikum mühelos zugänglich macht, zumal der Autor auf Fußnoten zugunsten eines ausführlichen Literaturverzeichnisses verzichtet.

Dabei verliefen die Konfliktlinien keineswegs stets eindeutig. Aus Sicht des Autors waren es zumal die zwischen CDU/CSU auf der einen und SPD auf der anderen Seite, während die zwischen Parlamentarischem Rat und Alliierten zunehmend verschwammen und je nach Parteipräferenz dem politischen Gegner geheime Absprachen mit den Alliierten vorgehalten, wenn nicht Kumpanei mit den Amerikanern beziehungsweise – bezogen auf die SPD – mit den Briten unterstellt wurden. Bei alledem hielt sich Adenauer – obwohl im Titel des Buches prominent herausgestellt – aus taktischen Gründen oft im Hintergrund, ohne dass seine tatsächliche Rolle stets hinreichend deutlich wird.

Damit werden zugleich die Grenzen des schmalen Bandes offenkundig. Hätte man sich bereits eine vertiefte Einordnung der ganzen Problematik in den sich verschärfenden Ost-West-Gegensatz und den eskalierenden Kalten Krieg zumal als Erklärungsmodell für das wachsende Entgegenkommen insbesondere der amerikanischen Seite gewünscht, so wird man in den meisten Fragen, etwa möglicher Absprachen zwischen den Amerikanern und der bayerischen Staatsregierung oder hinsichtlich der Spannungen zwischen der SPD-Führung in Hannover und den SPD-Parlamentariern in Bonn, dem Verhältnis zwischen Pierre Koenig, André François-Poncet und Jean Victor Sauvagnargues sowie zwischen ihnen und den Amerikanern wie Briten, den Feinheiten des Adenauerschen Taktierens und Führens und vieles mehr, nicht ohne den Gang in die Archive weiterkommen können. Hier mag noch manches überraschende Detail verborgen liegen. Doch das wäre dann ein anderes Buch geworden.

HORST DIPPEL, Kassel

Zitierempfehlung

Horst Dippel, Rezension zu: Michael F. Feldkamp, Adenauer, die Alliierten und das Grundgesetz, Langen Müller, München 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81973>> [22.1.2024].